

Wir lassen die Bauern nicht im Stich

Das CDU-Präsidium befaßte sich am Montag, 14. 4. 1986 unter Leitung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, mit der aktuellen Diskussion über die Agrarpolitik. Das Präsidium forderte, die vor einem Monat verabschiedeten, von einer Kommission unter Leitung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht erarbeiteten Perspektiven einer künftigen Agrarpolitik Zug um Zug zu verwirklichen, um die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe langfristig zu sichern. (Siehe auch Dokumentation grüner Teil.)

Das Konzept der CDU und die Politik der unionsgeführten Bundesregierung sind eine klare Alternative zu jenen Fehlentwicklungen, die auf Entscheidungen SPD-geführter Bundesregierungen zwischen 1969 und 1982 zurückzuführen sind. Das CDU-Präsidium forderte die Bundesregierung auf, im Interesse der Bauern an ihrem Kurs einer bauern- und landwirtschaftsfreundlichen Politik festzuhalten. Das CDU-Präsidium erwartet, daß bei den anstehenden Entscheidungen der EG-Agrarminister auf die besonders schwierige Situation der deutschen Landwirte Rücksicht genommen wird.

Für kurzfristige nationale Maßnahmen zur Unterstützung der Bauern haben sich nach einem Gespräch in Welze bei Hannover Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle und der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr von Heereman, ausgesprochen. An dem Gespräch nahmen auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht teil.

HEUTE LESEN SIE:

- **DOKUMENTATION**
Das agrarpolitische Konzept der CDU und CSU. Grüner Teil
- **LANDWIRTSCHAFT**
Gezielte Maßnahmen zur Einkommensverbesserung für die Bauern. Ein Beitrag von Bundesminister Ignaz Kiechle. Seite 4
- **LIBYEN**
Erklärungen von Bundeskanzler Helmut Kohl und von Generalsekretär Heiner Geißler zur Lage im Nahen Osten. Seite 5
- **SICHERHEITSPOLITIK**
Keine Stationierung von neuen chemischen Waffen in der Bundesrepublik. Seite 9
- **MEDIEN**
Rechtsbruch der ARD beim Satellitenprogramm „Eins plus“. Seite 15
- **EVP-KONGRESS**
Christlich-Demokratische Europapolitik mit klarer Zielsetzung. Seite 17
- **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**
Vorschläge für den Muttertag, dazu ein Flugblatt. Seite 21

CDU-Sieg in Karlsruhe

Die Karlsruher Bürger haben am 13. April erneut einen CDU-Mann zum Oberbürgermeister gewählt. Neues Stadtoberhaupt und Nachfolger von Otto Dullenkopf, der nach 16jähriger Amtszeit ausscheidet, wird der 56jährige Professor Gerhard Seiler, bisher erster Bürgermeister in Karlsruhe. Seiler erreichte gleich im ersten Wahlgang 56,5 % und schlug damit seinen schärfsten Gegner, den von der SPD nominierten Aalener Oberbürgermeister Ulrich Pfeifle (39 %).

Bundeskanzler Helmut Kohl gratulierte der CDU in Karlsruhe und Herbert Seiler — ein „eindrucksvoller Vertrauensbeweis für den Bewerber und die erfolgreiche Arbeit der CDU“. Der Wahlsieg sei auch ein Beweis dafür, daß eine geschlossene und kämpferische Partei Zustimmung in der Bevölkerung finde.

Helmut Kohl sprach sich dafür aus, die Markt- und Preispolitik wieder zur Grundlage für die Sicherung bäuerlicher Einkommen zu machen. Außerdem müsse das System produktionsunabhängiger Zahlungen an Landwirte weiter ausgebaut werden. „Wir werden die Bauern nicht im Stich lassen“, versprach der Bundeskanzler. Die Bauern sollten an der Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes teilhaben. Kiechle nannte drei Bereiche, in denen die Bundesregierung national etwas für die Bauern tun könne: die Sozialpolitik, die benachteiligten Gebiete und die Marktentlastung.

Anläßlich der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes am 8. April 1986 in Bonn erklärte Heiner Geißler:

Die CDU teilt die großen Sorgen der bäuerlichen Familienbetriebe. Hauptur-

sache der Probleme der bäuerlichen Familienbetriebe sind das Versagen und die Versäumnisse der von der SPD geführten Bundesregierung bis 1982. Die damalige Regierung hat die sich über Jahre anbahnende Krise der EG-Agrarpolitik kaum zur Kenntnis genommen und es daher unterlassen, rechtzeitig und aktiv gegenzusteuern. Mit Tatenlosigkeit und falschen Entscheidungen hat die SPD die Krise der Agrarpolitik entscheidend verursacht. Die Probleme der Agrarpolitik gehören zu der von der SPD hinterlassenen Erblast, die jetzt von CDU und CSU aufgearbeitet werden muß.

Die notwendige Neuorientierung der Agrarpolitik hat nach Auffassung der CDU die folgenden Rahmenbedingungen zu beachten:

1. Die Agrarpolitik der CDU orientiert sich in den nächsten Jahren vorrangig
 - an der Sicherung der bäuerlichen Einkommen,
 - am Abbau der Produktionsüberschüsse und
 - an der Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Dabei lehnt die CDU eine Politik des Preisdrucks ab. Eine solche Politik ist nicht nur unsozial, sondern sie löst auch weder kurz- noch mittelfristig die Überschußprobleme auf den Agrarmärkten.

2. Markt- und Preispolitik müssen auch weiterhin die entscheidende Grundlage für die Einkommen der bäuerlichen Betriebe bilden. Deshalb ist auch der Abbau der Überschüsse notwendig, um wieder Verbesserungen bei der Preispolitik zu erreichen.

3. Gezielte Ausgleichszahlungen können und müssen die Markt- und Preispolitik ergänzen. Sie stellen ebenso wie Einkommenshilfen einen Ausgleich für wichtige

Aufklärungsoffensive wird fortgesetzt

Mit Zustimmung des CDU-Präsidiums kündigte Generalsekretär Heiner Geißler an, daß innerhalb der nächsten Tage die im letzten Jahr begonnene Informations- und Aufklärungsoffensive wieder aufgenommen und verstärkt fortgesetzt werde. Mit der Wiederbelebung der Wirtschaft, der Schaffung von Preisstabilität und soliden Staatsfinanzen habe die Regierung Helmut Kohl die Grundlagen für mehr neue und dauerhafte Arbeitsplätze entscheidend verbessert. Hinzu kommen das Angebot der Vorruhestandsregelung für ältere Arbeitnehmer, Rückkehrhilfen für Ausländer, ein modernes Arbeitszeitgesetz, die verstärkten Programme der Bundesanstalt für Arbeit zur individuellen Förderung der beruflichen Bildung, zur beruflichen Rehabilitation und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der Abbau arbeitsrechtlicher Barrieren für Neueinstellungen durch das Beschäftigungsförderungsgesetz. Über die Möglichkeiten dieser Gesetze und Bestimmungen müsse noch mehr als bisher informiert werden.

außerlandwirtschaftliche Leistungen, wie z. B. Natur- und Landschaftserhaltung, Sicherung einer gesunden Umwelt aber auch für Betriebe in Berggebieten oder in anderen benachteiligten Gebieten dar. Generelle Einkommensübertragungen als Ersatz für eine landwirtschaftliche Markt- und Preispolitik lehnt die CDU ab, da dies zur unmittelbaren Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Einkommen von öffentlichen Haushalten und zur weitgehenden Unselbständigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe führt.

4. Es gibt kein Patentrezept und keine schnelle Lösung zur Überwindung der Probleme der Agrarpolitik. Alle bisher angebotenen Rezepte, sei es eine liberalistische Marktlösung, die vor allem auf Preisdruck setzt und zu Betriebsschließungen führt, sei es eine Politik genereller Einkommensübertragungen, die letztlich die Selbständigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe beseitigt, sind Scheinlösungen, die der gesellschaftspolitischen Bedeutung des ländlichen Raumes nicht angemessen sind und zu tiefgreifenden

Veränderungen der ländlichen Sozialstruktur führen.

Nur mit einem Bündel von Maßnahmen, wie dies die Bundesregierung tut und das agrarpolitische Konzept der CDU/CSU beschreibt, können wir den bäuerlichen Familienbetrieb erhalten, zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum beitragen und ein Nebeneinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben sicherstellen.

Eine solche Politik braucht das Zusammenwirken von Politikern, Bauernverbänden und Landwirten. Nur, wer sich engagiert, kann einen Beitrag zur Überwindung der Probleme leisten. Wer resigniert oder sich politisch verweigert, bewegt nichts und hilft den Gegnern der Bauern. Zur Agrarpolitik der CDU gibt es keine Alternative, die den bäuerlichen Familien Zukunft geben kann. Die Bauern sollten bei den kommenden Wahlen daran denken, daß nicht diejenigen das Vertrauen verdienen, die den Karren in den Dreck gefahren haben, sondern diejenigen, die ihn wieder herausziehen!

Einkommenswirksame Hilfen für unsere Bauern

Die Bundesregierung hat ihr Bekenntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft mit umfangreichen Maßnahmen untermauert und wird für einkommenswirksame Hilfen sorgen, erklärte Bundesminister Ignaz Kiechle zur gegenwärtigen Situation in der Landwirtschaft.

Die Hilfen für unsere Bauern sind agrarpolitisch notwendig und gesellschaftspolitisch richtig, weil vor 1983 Fehlentwicklungen in der EG-Agrarpolitik nicht korrigiert wurden. Vielmehr beschränkten sich die damals Verantwortlichen auf das Kurieren an Symptomen; vor den Bauern wurde die krisenhafte Entwicklung verschleiert. Heute liegen die Folgen schmerzhaft und unübersehbar offen:

So wurde von 1975 bis 1983 der deutsche Währungsausgleich schrittweise abgebaut, ohne daß ein Ausgleich gewährt wurde. Den deutschen Landwirten ist dadurch ein Agrarpreisanstieg um rd. 15 % verlorengegangen.

Auf allen wichtigen Märkten drücken immense Überschüsse auf die Erzeugerpreise und blockieren notwendige Einkommensverbesserungen.

Bei der notwendigen Neuausrichtung der EG-Agrarpolitik lehne ich Preissenkungen ab. Ebenso erteile ich allen eine eindeutige Absage, die wie die SPD einen Weg über Preissenkungen und Einkommensübertragungen propagieren. Denn das ist weder durchzuführen noch zu finanzieren.

Zusammen mit dem Bundeskabinett trete ich deshalb in der EG für ein Bündel von Maßnahmen zur Förderung des Absatzes und neuer Verwertungsformen für Agrarerzeugnisse und zur Begrenzung der Pro-

duktion ein, um wieder Spielraum für die Markt- und Preispolitik zu gewinnen.

Die von uns seit 1983 ergriffenen Maßnahmen haben wesentlich zur Stabilisierung der bäuerlichen Einkommen beigetragen. Aber sie reichen angesichts der großen Versäumnisse in der Vergangenheit nicht aus, die langfristigen Probleme kurzfristig zu überwinden.

Unsere Bauern brauchen einkommenswirksame Hilfen. Die Bundesregierung läßt die Bauern nicht im Stich. Für rasch wirksame Maßnahmen kommen die Bereiche in Betracht, in denen wir in nationaler Zuständigkeit handeln können. Deshalb bereiten wir zur Zeit vor allem Entlastungen in der agrarsozialen Sicherung auf der Beitragsseite und bei der verstärkten Förderung in den benachteiligten Gebieten vor.

Junge Unternehmer sehen beschleunigtes Wachstum

Nach einer kürzlich in Bonn vom Bundesverband Junger Unternehmer (BJU) veröffentlichten Umfrage gibt fast jedes zweite Unternehmen (43,7 Prozent) gestiegene Auftragsbestände an. Das wird zu einem weiteren Anstieg der Kapazitätsauslastung und damit zu Neuinvestitionen führen.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird weiter zunehmen. Fast jedes dritte Unternehmen will mehr Arbeitnehmer einstellen. Die ausgewiesene Arbeitslosenzahl könnte deshalb innerhalb der nächsten Monate unter die 2-Mio.-Grenze gedrückt werden, wie der BJU-Bundesvorsitzende Ostermann hierzu erklärte.

Erklärung des Bundeskanzlers:

Wer Gewalt predigt und praktiziert, muß mit Gegenwehr der Betroffenen rechnen

„Libyen ist unter Oberst Gaddafi in den letzten Jahrzehnten zu einem Herd regionaler Destabilisierung und zu einem Zentrum des internationalen Terrorismus geworden. Libyens friedliche Nachbarstaaten sind Ziel seiner direkten Aggression oder konspirativen Unterwanderung: Der anhaltende Kriegszustand im Tschad, ein militärischer Überfall auf Tunesien und die wiederholte Bedrohung Ägyptens, des Sudan und einer Reihe zentralafrikanischer Staaten gingen oder gehen von Libyen aus.

Für Libyens führende Rolle bei Ermutigung, Unterstützung und selbständiger Ausführung zahlreicher Akte des internationalen Terrorismus gibt es deutliche Hinweise. Dies gilt insbesondere auch für Libyens Mitwirkung an dem jüngsten Terroranschlag in Berlin.

Mit dieser Politik fordern Oberst Gaddafi und die Führung Libyens die internationale Staatengemeinschaft heraus: Dies gilt im besonderen Maße für die Vereinigten Staaten, die in den letzten Jahren erklärtermaßen das besondere Ziel des libyschen Terrors waren. Hunderte von amerikanischen Opfern internationaler Terroranschläge erklären die Erregung der amerikanischen Bevölkerung, die sich nicht länger einer solchen ständigen Aggression tatenlos ausgesetzt sehen will.

Die Bundesregierung hat stets Gewalt abgelehnt. Wer aber, wie Oberst Gaddafi, selbst ständig Gewalt predigt und praktiziert, muß damit rechnen, daß sich die Betroffenen dagegen wehren. Jede Art

von Terrorismus stößt auf die entschiedene Ablehnung der Staatengemeinschaft, die nicht bereit ist, solche Taten hinzunehmen, unabhängig, gegen wen sie sich richten.

Die Haltung der Europäer hat ihren Niederschlag in der gemeinsamen Erklärung der zwölf Außenminister vom 14. April 1986 gefunden. Eine weitere Sitzung der EG-Außenminister ist vorgesehen. Zwei Ziele müssen jetzt im Vordergrund eines gemeinsamen erfolgreichen Handelns stehen: Einmal müssen wir unsere Anstrengungen noch weiter verstärken, um gemeinsam den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Zum anderen müssen jetzt politische Mittel eingesetzt werden, um die Ursachen dieses Terrorismus zu beseitigen. Hierzu ist ein intensiver Dialog mit allen kooperationsbereiten arabischen Staaten dringend erforderlich. Die Außenminister der EG haben gestern einen entsprechenden Appell an die arabischen Staaten und die Arabische Liga gerichtet. Der Krisenstab des Auswärtigen Amtes, der in ständiger Verbindung mit unserer Botschaft in Tripolis steht, wird sich vordringlich mit der Sicherheit der in Libyen lebenden deutschen Staatsangehörigen befassen.“

Erklärung des Generalsekretärs

Zu den Ereignissen in Libyen erklärt der Generalsekretär Heiner Geißler: Die CDU teilt die Empörung der amerikanischen Bürger über die gezielten Terroranschläge auf Amerikaner und amerikani-

Wir können ruhig ein bißchen stolz sein

Auf der Hannover Messe sagte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber der Bild-Zeitung am 10. April 1986: „Deutschlands Industrie ist Weltklasse — unsere Wirtschaft drängt auf dem Weltmarkt nach vorn.“

Zu den Robotern, die unsere Produkte schneller, billiger und besser machen, meinte Forschungsminister Riesenhuber, niemand brauche Angst vor menschenleeren Fabriken zu haben. Im Gegenteil: Der Roboter sei der Freund des Arbeiters von heute, weil er die Arbeitsplätze sauberer, sicherer und energiesparender mache; aber auch der Freund des Rentners im Jahr 2000. Er sichere unsere Produktion, weil wir dann bei abnehmender Bevölkerung Menschen durch Maschinen ersetzen müßten.

Hannover hat bewiesen: Wirtschaft und Wissenschaft sind in Aufbruchstimmung. Wir haben keine Angst vor der Zukunft und nutzen die Technik für den Menschen.

sche Einrichtungen. Sie unterstützt daher die amerikanische Regierung in ihrer Haltung, solche terroristischen Akte nicht mehr folgenlos hinzunehmen. Den brutalen Anschlägen des internationalen Terrorismus sind schon Hunderte von unschuldigen Menschen zum Opfer gefallen, darunter über 400 Amerikaner. Beim jüngsten Anschlag in Berlin gab es 2 Todesopfer und über 200 Verletzte. Diese Terrorakte erfordern eine solidarische Antwort der demokratischen Staaten des freien Westens. Es ist der Zeitpunkt gekommen, an dem sich die westlichen Demokratien nicht mehr alles gefallen lassen können und geschlossen gegen die Pest des internationalen Terrorismus vorgehen müssen.

Die Christlich Demokratische Union hat Verständnis für die von den Vereinigten Staaten auch gegenüber Libyen und Oberst Gaddafi zur Selbstverteidigung der Amerikaner und Europäer getroffenen Maßnahmen.

Nach Auffassung der Christlich Demokratischen Union kommt es jetzt darauf an, die Eskalation von Gewalt und Gewalt zu beenden. Oberst Gaddafi

und seine Führung müssen begreifen, daß es ausschließlich an ihnen liegt, den Terrorismus zu beenden und sich jeder weiteren Unterstützung terroristischer Gruppierungen in anderen Ländern zu enthalten.

Die Christlich Demokratische Union appelliert an die arabischen Staaten, in diesem Sinne auf Gaddafi einzuwirken.

Industrie plant Investitions- schub – Beschäftigung wächst weiter

Das verarbeitende Gewerbe in der Bundesrepublik will 1986 nominal 12 Prozent mehr investieren als 1985. Dies geht aus der 31. „Prognose 100“ des Ifo-Instituts, München, hervor.

Das Stellenangebot der Industrie wird laut Ifo bis Ende 1987 voraussichtlich um 200 000 wachsen, die Produktion werde 1986 um 6 Prozent und 1987 um 4 Prozent steigen. Dabei sei der jüngste Verfall der Ölpreise noch nicht berücksichtigt. Bis 1990 sei bei der Beschäftigung eine „dauerhafte positive Wende“ erkennbar.

Helmut Kohl: Keine Stationierung neuer chemischer Waffen in der Bundesrepublik

In einer ausführlichen Erklärung zur Sicherheitspolitik hat Bundeskanzler Helmut Kohl am Freitag, 11. April 1986 in Bonn die beiden Großmächte aufgefordert, Vereinbarungen wenigstens über eine zeitweise Einstellung der Atomversuche aufzunehmen. Auf seiner dritten Pressekonferenz in diesem Jahr räumte der Bundeskanzler der Außenpolitik den breitesten Raum ein und nannte den Teststopp ein „wichtiges Ziel der Bundesregierung.“

In der Erklärung des Kanzlers heißt es: Die Bundesregierung sieht im West-Ost-Verhältnis nach Genf trotz mancher Schwierigkeiten positive Entwicklungen. Sie sieht Anzeichen, daß das Bewußtsein bei allen Beteiligten wächst, daß die sicherheitspolitische Diskussion in einen umfassenderen Rahmen gestellt werden muß.

Ich habe mit großer Aufmerksamkeit die Rede Generalsekretär Gorbatschows vor dem 27. Parteitag der KPdSU verfolgt, in der er ausführt:

● Sicherheit ist mit militärischen Mitteln allein nicht mehr zu gewährleisten, sondern sie stellt vielmehr eine politische Aufgabe dar;

● diese Aufgabe muß gemeinsam gelöst werden;

● gleichzeitig ergänzt er sein Abrüstungsprogramm vom 15. Januar mit dem Entwurf eines umfassenden Systems internationaler Sicherheit.

In all dem kommt neues Denken zum Ausdruck.

Die Bundesregierung erwartet, daß dieser umfassende Ansatz dazu führen wird, daß

● im West-Ost-Dialog das Gespräch aller mit allen ohne Hindernisse möglich wird und daß

● auch in den bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen die Bereiche Sicherheit und Wirtschaft durch Intensivierung der Beziehungen auf allen anderen Ebenen, insbesondere auf der politischen ergänzt werden.

Es ist immer die Auffassung der Bundesregierung gewesen, daß Vereinbarungen auf dem Feld der Sicherheit und der Abrüstung und Rüstungskontrolle nur dann möglich sind und sich auf Dauer als tragfähig erweisen werden, wenn auch die politischen Beziehungen verbessert werden. Wir sind dazu bereit. Wir werden wie bisher den deutsch-sowjetischen Beziehungen im Rahmen unserer Ostpolitik eine zentrale Bedeutung beimessen.

Im Januar/Februar sind von beiden Weltmächten weitgehende Vorschläge auf den Verhandlungstisch gelegt worden, die deutlich über frühere Vorschläge hinausgehen. Die Bundesregierung wünscht und erwartet, daß sie jetzt in konkrete Verhandlungsfortschritte umgesetzt werden. Die Vorschläge von Generalsekretär Gorbatschow haben sich bisher in der sowjetischen Verhandlungsführung in Genf, Wien und Stockholm nicht niedergeschlagen.

1. Von besonderer Bedeutung bleiben für die Bundesregierung die Verhandlungen über die Mittelstreckensysteme.

In den jüngsten Vorschlägen beider Weltmächte kommt nach Auffassung der Bundesregierung eine bemerkenswerte und

insgesamt positive Entwicklung zum Ausdruck.

Die von Generalsekretär Gorbatschow im Januar vorgelegten Vorschläge mit dem Ziel einer europäischen Null-Lösung bei den Mittelstreckensystemen wurden im Februar von Präsident Reagan beantwortet. Dieser Gegenvorschlag des amerikanischen Präsidenten war im Detail mit uns und den Verbündeten abgestimmt. Dieser Stufenvorschlag, der innerhalb von drei Jahren eine globale Null-Lösung vorsieht, trägt den europäischen Sicherheitsinteressen am besten Rechnung. Dagegen sind wir der Auffassung, daß bei einem Verbleiben von SS-20-Systemen in Asien, wie es der sowjetische Vorschlag vorsieht, unkalkulierbare Risiken im Mittelstreckenbereich auch für uns verbleiben würden. Hierbei geht es nicht nur um berechnete japanische und chinesische Interessen, sondern auch um deutsche und europäische Interessen. Deshalb müssen auch die in Asien stationierten Systeme abgebaut werden.

Ebenso halten wir an unserer Auffassung fest, daß die britischen und französischen Systeme aufgrund ihres andersartigen Charakters nicht Gegenstand der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme sein können und nicht zur Vorbedingung für Ergebnisse in diesem Bereich gemacht werden dürfen.

Es liegt außerdem im unmittelbaren deutschen Interesse, daß eine Lösung der Mittelstreckensysteme größerer Reichweiten von einem Einstieg in eine Lösung der Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite begleitet ist. Andernfalls stünde Westeuropa angesichts der Rüstungsentwicklung auf sowjetischer Seite in den letzten Jahren selbst bei einem Abbau der SS 20 der Bedrohung einer vielfachen Überzahl sowjetischer Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite gegenüber.

Der Abbau von Nuklearsystemen verschärft für Westeuropa das Problem des beträchtlichen Übergewichts der Warschauer-Pakt-Staaten bei den konventionellen Streitkräften. Reduzierungen im nuklearen Bereich erfordern deshalb ein stabiles Kräfteverhältnis im konventionellen Bereich. In diesem Zusammenhang gewinnen die MBFR-Verhandlungen in Wien und die KVAE-Verhandlungen in Stockholm besonderes Gewicht. Ich appelliere deshalb an alle Verhandlungspartner, Fortschritte zu ermöglichen. Das Ziel strategischer Stabilität ist nicht zu erreichen, wenn nicht das gesamte militärische Kräfteverhältnis in die Rüstungskontrollpolitischen Überlegungen einbezogen wird.

2. Der nukleare Teststopp bleibt für die Bundesregierung ein wichtiges Ziel.

Zwei Punkte halte ich im Zusammenhang mit der Frage eines nuklearen Teststopps für besonders wichtig:

- Ein Teststopp darf kein Ersatz für eine substantielle Reduzierung vorhandener Waffenarsenale sein.
- Die Sowjetunion begründet ihren Vorschlag eines umfassenden Teststopps als Beginn einer allmählichen Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Nuklearwaffen. Wir sind der Auffassung, daß direkte Vereinbarungen über Reduzierungen der Nuklearwaffenarsenale, auf die sich beide Seiten in Genf erneut festgelegt haben, ein noch direkterer und schnellerer Einstieg in die Rüstungskontrolle wären als ein Teststopp. Der Weg zu Reduzierungen sollte daher in den Verhandlungen freigemacht werden. Ich wünsche und hoffe aber auch, daß die beiden Weltmächte über das Stadium spektakulärer öffentlicher Erklärungen hinaus einen Weg finden werden, um in der Frage des Teststopps eine schrittwei-

se Annäherung der Standpunkte zu erreichen.

Eine Politik des alles oder nichts wird nach allen Erfahrungen nicht zum Erfolg führen. Anhaltspunkte für Sachgespräche könnten jüngste Initiativen und Zugeständnisse beider Seiten im Bereich der Verifikation sein. Nach Auffassung der Bundesregierung sollten Verifikationsmöglichkeiten nicht mehr das Haupthindernis für eine Vereinbarung darstellen. Beide Weltmächte sollten deshalb darüber unverzüglich Gespräche aufnehmen, wie es Präsident Reagan vorgeschlagen hat. Und wenn jetzt Generalsekretär Gorbatschow in Togliattigrad erklärt hat, daß man sowohl über Verifikation als auch über Teststopp verhandeln sollte, sollte es möglich sein, sich aufeinander zuzubewegen.

Dabei könnten beide Seiten als ersten Schritt bzw. als Übergangslösung über eine Begrenzung von Tests nachdenken. So könnten z.B. die für die Überprüfung der Funktionsfähigkeit von Nuklearwaffen notwendigen Tests auf vereinbarte, zeitlich eingegrenzte Intervalle begrenzt und im Rahmen vereinbarter Reduzierungen von Nuklearwaffen allmählich ganz eingestellt werden.

3. Es bleibt ein vorrangiges Ziel deutscher Rüstungskontrollpolitik, den weltweiten Abbau der chemischen Waffen voranzutreiben.

Die USA haben 1969 einseitig auf die Produktion chemischer Waffen verzichtet. Die Sowjetunion ist diesem Beispiel nicht gefolgt, sondern hat gerade in den letzten Jahren ihre chemische Offensivfähigkeit ausgebaut. Angesichts der Bekundungen beider Großmächte, auf diesem Gebiet beschleunigt zu Regelungen zu kommen, erwartet die Bundesregierung bei den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz konkrete Fortschritte noch in diesem Jahr. Und dies gilt im be-

sonderen für die zentrale Frage der Verifikation.

Zu der gegenwärtigen Diskussion um die Modernisierung des amerikanischen Chemiewaffenpotentials möchte ich festhalten:

1. Es handelt sich hier um eine nationale Entscheidung der amerikanischen Regierung.
2. Es wird keine Stationierung neuer binärer chemischer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland geben.
3. Die Bundesregierung wird alles tun um sicherzustellen, daß die chemischen Waffen weltweit und damit auch in der Bundesrepublik Deutschland abgezogen und vernichtet werden.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß Vertreter der Bundesregierung in Genf neben den laufenden Genfer Verhandlungen mit den Vertretern der DDR und CSSR über gemeinsam interessierende Probleme des weltweiten Verbots chemischer Waffen Gespräche führen. Die Bundesregierung bleibt dabei, daß ein weltweites Verbot bei konstruktiver Einstellung aller Beteiligten, insbesondere der Weltmächte, möglich ist. Deshalb sieht sie in regionalen Lösungen einen Umweg und lehnt diese ab.

Die Bundesregierung wird ihre Energie darauf richten, daß in allen laufenden Verhandlungen Fortschritte erreicht werden. Dabei wird es von besonderer Bedeutung sein, daß die Verifikationsprobleme gelöst werden können. Die generelle Bereitschaft hierzu, die Generalsekretär Gorbatschow in seinem Vorschlag vom 15. Januar signalisiert hat, muß sich jetzt in den Verhandlungen konkretisieren.

Ich messe dem für dieses Jahr vereinbarten Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in den USA große Bedeutung bei. Bis zu diesem Zusammentreffen müssen

die Experten in den bilateralen wie multilateralen Foren die notwendigen Vorklä- rungen in den Details treffen, um einen Durchbruch in der Substanz auf dem nächsten Gipfel möglich zu machen.

SDI

Lassen Sie mich die Position der Bundes- regierung noch einmal zusammenfassen: Das amerikanische SDI-Forschungspro- gramm ist aus unserer Sicht gerechtfertigt, politisch notwendig und liegt im Si- cherheitsinteresse des Westens insgesamt.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bange- mann hat am 27. März 1986 in Washing- ton im Auftrag der Bundesregierung zwei Abkommen unterzeichnet: Eine „Gemeinsame Grundsatzvereinbarung“ zwi- schen den beiden Regierungen über allge- meine Fragen des Technologieaustaus- ches **und** eine Vereinbarung über die Be- teiligung deutscher Unternehmen, For- schungseinrichtungen und anderer Stel- len an der Forschung im Zusammenhang mit der Strategischen Verteidigungsinitia- tive. Durch diese Abkommen wird den Zielsetzungen Rechnung getragen, die die Bundesregierung im Laufe des Jahres 1985 erarbeitet hat.

Insbesondere werden die jetzt vorliegen- den Verhandlungsergebnisse dem Auf- trag des Bundeskabinetts vom 18. Dezem- ber 1985 gerecht.

Die parallele Verhandlung und gleichzei- tige Unterzeichnung dieser beiden wichti- gen Abkommen war nicht leicht gegen- über unseren amerikanischen Gesprächs- partnern durchzusetzen und stellt einen Erfolg des Verhandlungsführers Martin Bangemann dar.

Dem Inhalt nach handelt es sich um Rah- menvereinbarungen zwischen beiden Re- gierungen, die die rechtlichen und wirt- schaftlichen Bedingungen für die Zusam- menarbeit deutscher, privatwirtschaftlich

organisierter Firmen und Forschungsein- richtungen an der SDI-Forschung und für die entsprechende Zusammenarbeit mit amerikanischen Firmen bzw. For- schungsträgern regeln und verbessern sol- len.

Die Rahmenvereinbarung zur Zusam- menarbeit deutscher Firmen bei der SDI- Forschung hat weder eine tatsächliche noch finanzielle Beteiligung der Bundes- republik Deutschland an den Forschun- gen zum Inhalt. Es war außerdem sowohl für die Bundesregierung wie aber auch für die US-Regierung selbstverständlich, daß diese Forschungen nur im Rahmen des ABM-Vertrages erfolgen können.

Die Frage der sicherheits- und militärpo- litischen Konsequenzen des SDI-For- schungsprogramms ist heute noch nicht abschließend zu beantworten. Dazu müs- sen erst

- Forschungsergebnisse vorliegen und
- eingehende Konsultationen im Bünd- nis stattfinden.

Außerdem müssen

- Verhandlungen gemäß ABM-Vertrag und gemäß amerikanischer Zusage zwis- chen den USA und der Sowjetunion ge- führt werden.

Die Bundesregierung hat immer wieder betont, daß Forschungsergebnisse auf beiden Seiten in kooperative Lösungen einmünden müssen.

Die getroffene Rahmenvereinbarung zu SDI

- sichert uns jedoch Informationsmög- lichkeiten über den Gang der For- schungsarbeiten insgesamt;
- sie ist damit die Voraussetzung, daß wir auf spätere Entscheidungen Einfluß ge- winnen können und
- vermeidet, daß wir von neuen technolo- gischen Erkenntnissen und Ergebnissen, sei es auf zivilem oder konventionell mili- tärischem Bereich, abgehängt werden.

Zivil- und Wehrdienst stehen in untrennbarem Zusammenhang

Das Grundgesetz bestimmt in Artikel 4 Absatz 3: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Die Väter unserer Verfassung haben sich mit der Aufnahme dieses Grundrechtes in unsere Verfassung zur Freiheit des Gewissens auch in dieser Frage bekannt. Am 18. Juni 1959 wurde der von der damaligen Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst in 2. und 3. Lesung ohne Gegenstimmen verabschiedet.

Nach den Feiern zum 30jährigen Jubiläum der Bundeswehr im vergangenen Jahr, können wir in diesem Jahr auf „25 Jahre Zivildienstgesetz“ zurückblicken. Zivildienst und Wehrdienst stehen in einem untrennbaren Zusammenhang. Die große Mehrheit junger Männer, die sich für den Wehrdienst als Friedensdienst in der Bundeswehr entscheiden, leisten einen wesentlichen Beitrag zur Wahrung unserer äußeren Sicherheit — und damit zum Schutz unserer Verfassung und des von ihr garantierten Rechts auf Wehrdienstverweigerung, stellt Alfred Dregger, Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, fest.

Im Anschluß an das Inkrafttreten des Zivildienstgesetzes im Januar 1960 wurden im April des gleichen Jahres die ersten jungen Männer zum Dienst in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten herangezogen. Soweit hier die Plätze nicht ausreichten, war die Ableistung des Dienstes zu „zusätzlichen gemeinnützigen und volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten“ vorgesehen. An vielen Orten der Bundesrepublik Deutschland leisteten junge Männer in

den folgenden Jahren eine Arbeit, die ihnen den Respekt der Bevölkerung einbrachte und mit der sie die Ernsthaftigkeit ihrer Gewissensentscheidung sichtbar unter Beweis stellten.

Die Geschichte des Zivildienstes in der Bundesrepublik Deutschland legt einen Vergleich mit der Situation der Kriegsdienstverweigerer in der DDR nahe. Im Jahre 1959 verließ der Niederländer Gerrit Guit seine Heimat, weil er keinen Kriegsdienst leisten wollte. Er vertraute auf die Parolen der SED vom „Friedenslager“ und dem „Kampf gegen den Militarismus“. In der DDR vertrat er offen seine Ideen vom Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Doch die Verantwortlichen in der DDR wollten von diesem Recht nichts wissen und nahmen den Niederländer in Haft. Aus der Anklageschrift zitierte Guit später: „Der Angeklagte hat mit seiner pazifistischen Propaganda die westdeutschen Militaristen unterstützt, einen neuen Krieg vorzubereiten und damit die Jugend erneut auf die Schlachtfelder zu bringen.“

Heute würde es keinem jungen Menschen in den Niederlanden oder der Bundesrepublik Deutschland im Traum mehr einfallen, in der DDR das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu beanspruchen. Kriegsdienstverweigerer haben es in der DDR schwer. Sie müssen erhebliche Nachteile in ihrem beruflichen Werdegang hinnehmen. Nur ca. 300 bis 500 junge Männer werden in der DDR pro Jahr als Verweigerer anerkannt. Sie sind zudem noch als sogenannte Bausoldaten Mitglieder der Nationalen Volksarmee. Ein ziviler Ersatzdienst im sozialen Bereich existiert nicht.

In der Bundesrepublik Deutschland stand das Zivildienstgesetz und das Recht auf Wehrdienstverweigerung immer wieder im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Gerade in den 70er Jahren fügten die damaligen SPD-Regierungen dem Ansehen der Wehrdienstverweigerer und dem Zivildienst als solchem schweren Schaden zu. Das „Postkartenverweigerungsgesetz“ aus dem Jahre 1977, das von Karlsruhe im April 1978 für verfassungswidrig erklärt wurde, lief praktisch auf eine Wahlfreiheit zwischen Wehrdienst und zivilem Ersatzdienst hinaus. Auch diejenigen, deren Entscheidung nicht von ihrem Gewissen bestimmt war, konnten praktisch den Wehrdienst verweigern. Die „echten“ Wehrdienstverweigerer waren der Gefahr der Diffamierung ausgesetzt. Viele junge Männer meldeten sich von dem Wehrdienst ab, und zwar in der begründeten Hoffnung, am Ende keinen Dienst leisten zu müssen; denn die Zahl der Ersatzdienstplätze war viel zu gering angesichts der hohen Verweigerungszahlen.

Seit 1984 ist das Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz in Kraft, das von der jetzigen Bundesregierung auf den parlamentarischen Weg gebracht wurde. Für die ungedienten Wehrpflichtigen entfällt die mündliche „Gewissensprüfung“; eine schriftliche Begründung genügt. Durch den verlängerten Zivildienst ist die Gewissensentscheidung des einzelnen verifizierbar. Das Bundesverfassungsgericht hat die von der Bundesregierung gewählte Lösung in vollem Umfang bestätigt.

Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst hat darauf hingewiesen, daß die Ziele des Gesetzes, nämlich „der Schutz der persönlichen Gewissensentscheidung, ein gerechtes und zügiges Anerkennungsverfahren und eine qualifizierte Weiterentwicklung des Zivildienstes“ voll er-

reicht wurden. Insbesondere der Ausbau des Zivildienstes wurde mit Hilfe der Wohlfahrtsverbände im notwendigen Maße geleistet.

Junge Zivildienstleistende absolvieren heute ihren Dienst in den unterschiedlichsten Tätigkeitsbereichen. Sie leisten ihren Dienst bewußt und engagiert; sie verdienen unsere Anerkennung. Von den fast 60 000 Zivildienstleistenden (Stand Januar 1986) sind annähernd 60 Prozent in den Bereichen Pflegehilfe und Betreuungsdienste tätig. Auch die individuelle Betreuung von Schwerstbehinderten gehört zur Aufgabe einer Reihe von Zivildienstleistenden. Das Tätigkeitsfeld „Umweltschutz“ wird immer stärker für den Zivildienst erschlossen.

Wie unsere jungen Soldaten so leisten auch die Zivildienstpflichtigen gute Arbeit im Dienste unserer Mitmenschen; eine Arbeit, die häufig von Nächstenliebe und Aufopferungsbereitschaft geprägt ist. Wie unsere Soldaten so verdienen auch sie unseren Dank.

Rita Süßmuth: Auch Zivildienst verdient Dank

In einer Feierstunde zum 25jährigen Bestehen des Zivildienstes am 10. April in Köln meinte die Ministerin, Zivildienstleistende hätten mit ihrer Arbeit unzähligen Menschen geholfen, die auf die Hilfe ihrer Mitmenschen angewiesen sind, vor allem Kranken, Behinderten und Alten. Derzeit arbeiten drei Viertel aller Zivildienstleistenden in der Pflegehilfe, im Rettungsdienst und Krankentransportwesen, in mobilen sozialen Hilfsdiensten oder in der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung.

Unsere solide Politik garantiert sichere Renten

Die finanzielle Situation der gesetzlichen Rentenversicherung gibt nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Walter Quartier, aktuell keinen Anlaß zur Sorge. Der Jahresabschluß 1986 werde voraussichtlich erstmals seit vielen Jahren einen Anstieg des Rücklagevermögens bewirken. Mindestens bis 1990 seien die Rentenfinanzen gesichert.

In den ersten beiden Monaten des Jahres hat die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) einen Überschuß von 417,5 Millionen Mark erzielt. Dadurch konnte die Schwankungsreserve der Anstalt um 302 Millionen Mark auf 8,5 Milliarden Mark aufgestockt werden. Dies entspricht 1,42 Monatsausgaben.

Anläßlich der abschließenden Beratung des 6. Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes im Deutschen Bundestag am 21. 3. 1986 hielt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm folgende Rede (leicht gekürzt):

Die zentrale Aussage von Bundeskanzler Helmut Kohl zur Rentenpolitik in seiner Regierungserklärung am 8. Mai 1983 vor dem Deutschen Bundestag „Die Rentner können sich auf uns verlassen, daß die Renten sicher sind und sicher bleiben“, hat sich erfüllt.

Heute, nach 3½ Jahren Rentenpolitik der Koalition von CDU/CSU und FDP sind die Renten nicht nur sicher — die Rücklagen bauen sich sogar wieder auf. Dabei haben wir uns nicht nur auf das Konsolidieren beschränkt, sondern auch eine Reihe entscheidender Reformen durchgeführt:

Wir haben die Neuordnung der Hinter-

bliebenenversorgung sozial gerecht, frauenfreundlich und kostenneutral durchgeführt.

Die rentenbegründende und rentensteigernde Anerkennung von Kindererziehungszeiten ist ein Meilenstein in der sozialen Sicherung der Frauen.

Mit der Herabsetzung der Wartezeiten beim Altersruhegeld eröffnen wir vielen Frauen einen erstmaligen Rentenanspruch von durchschnittlich 225 DM und ermöglichen zahlreichen Beziehern von Invaliditätsrenten eine materielle Verbesserung durch die Umwandlung in eine Altersrente.

Solide Rentenpolitik zahlt sich aus

Die drei wichtigsten Botschaften:

1. die Rentenkassen füllen sich wieder,
2. die Renten steigen und
3. die Preise sind stabil.

Das sind die Ergebnisse einer soliden Politik, die Stabilität schafft und dadurch Rentensicherheit vermittelt.

Rentensicherheit ist uns nicht in den Schoß gefallen; sie hat gehörige Anstrengungen gekostet:

Wir haben aus dem wirtschaftlichen Rückgang, mit dem sich die SPD von der Regierungsverantwortung verabschiedete, wieder Wachstum gemacht.

Wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung aber sind die Quellen, aus denen sich unser soziales Sicherungssystem speist. Beide Quellen haben wir wieder zum Sprudeln gebracht.

Unsere Konsolidierungsmaßnahmen haben der Rentenversicherung in dieser Le-

gislaturperiode fast 60 Mrd. DM zusätzliche Finanzmittel verschafft. Die Lasten der Konsolidierung wurden nicht einer Gruppe aufgebürdet, sondern gleichmäßig auf alle Schultern verteilt.

Wir sind die erste Bundesregierung, die einen höheren Bundeszuschuß gezahlt hat, als die gesetzliche Regelung dies vorschreibt.

Renten und Löhne bleiben im Gleichklang

Maßgebend für den Rentenanstieg ist der Lohnanstieg des vergangenen Jahres. Demnach werden die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung und der Altershilfe für Landwirte zum 1. Juli dieses Jahres um 2,9 Prozent angehoben. Das entspricht dem Anstieg der Bruttolöhne und Gehälter des vergangenen Jahres.

Der Anpassungssatz weicht damit geringfügig von dem ursprünglich ermittelten Anpassungssatz ab, von dem der Gesetzentwurf auf der Grundlage vorläufiger Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für die Lohnentwicklung des vergangenen Jahres ausging. Mittlerweile hat das Statistische Bundesamt seine neuesten Zahlen vorgelegt. Bruttolöhne und Gehälter sind im vergangenen Jahr um 2,9 Prozent gestiegen. Diese Zahl ist auch für den Rentenanstieg maßgebend.

Effektive Rentenanpassung dreimal höher als gegenwärtige Preissteigerungsrate

Effektiv steigen die Renten nach Abzug der weiteren Beteiligung der Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung zum 1. Juli 1986 um 2,15 Prozent. Das ist mehr als in den beiden vorausgegangenen Jahren — und das bei einer Inflationsrate, die nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Februar 1986 auf

0,7 Prozent zurückging — die geringste Teuerungsrate seit 18 Jahren. Damit ist der Rentenanpassungssatz dreimal so hoch wie die gegenwärtige Teuerungsrate.

In den letzten Jahren der SPD-Regierung dagegen lagen die Inflationsraten nicht nur über der Erhöhung, sondern sie fraßen sogar einen Teil der Substanz wieder auf.

1986 können wir mit einer Preissteigerungsrate rechnen, die rund 4 Prozentpunkte unter dem Wert von 1982 liegt. Das bringt für die Rentner einen jährlichen Stabilitätsgewinn von rund 8 Mrd. DM. Für den durchschnittlichen Rentner- und Pensionärshaushalt macht ein solcher Kaufkraftgewinn rund 1080 DM im Jahr aus.

Anhebung des KvDR-Beitrags gerechtfertigt

Die Beteiligung der Rentner an den Beiträgen für ihre Krankenversicherung wird wie vorgesehen um 0,7 Prozent angehoben.

Diese Beteiligung ist Ausdruck der Generationensolidarität: Der Solidarität der Rentner mit den Aktiven. Die stufenweise Beteiligung der Rentner an den Beiträgen für ihre Krankenversicherung ist keine Erfindung der jetzigen Bundesregierung. Sie wurde bereits von der sozial-liberalen Koalition im Grundsatz vorgesehen.

Weniger arbeitslose Frauen

Die Zahl der arbeitslosen Frauen ist im Monat März um 1,3 Prozent gesunken. Wie Bundesfamilienministerin Rita Süßmuth hierzu erklärte, seien im vergangenen Jahr 58,7 Prozent der im Vergleich zu 1984 neu geschaffenen Arbeitsplätze von Frauen besetzt worden.

Rechtsbruch der ARD beim Satellitenprogramm „Eins plus“

Nach dem erneuten Scheitern der Ministerpräsidentenkonferenz über einen einheitlichen Medienstaatsvertrag bemühen sich gegenwärtig die CDU/CSU-Ministerpräsidenten, die SPD-Blockadepolitik aufzubrechen, indem sie untereinander Beratungen zur Gestaltung der Medienlandschaft von morgen führen.

Diese Medieninitiativen der Unionsländer wurden erforderlich, nachdem sich bekanntlicherweise die Hessische Landesregierung geweigert hatte, der Bitte der zehn anderen Bundesländer nachzukommen und die Frage der Werbung im dritten hessischen Fernsehprogramm gütlich zu regeln. Die medienpolitische Grundhaltung der Union ist immer gewesen, den privaten Anbietern eine faire Entwicklungschance zu geben (diese muß ganz besonders im Bereich der Werbung wegen der existentiellen Frage gegeben sein) und dabei den großen Wettbewerbsvorsprung der öffentlich-rechtlichen Anstalten zu berücksichtigen. Sicherlich soll auch den Öffentlich-Rechtlichen eine angemessene Entwicklung ermöglicht werden, allerdings nur auf einer einwandfreien rechtlichen Grundlage und zum gegebenen Zeitpunkt.

Die ARD hat derzeit keine Rechtsgrundlage zur Ausstrahlung ihres Eins-plus-Programms, da nach der gegenwärtigen juristischen Diktion die Landesrundfunkanstalten einzig auf der Basis einer Ländervereinbarung oder eines Staatsvertrages (ein Entwurf lag bereits auf der Bremerhavener Sitzung der Ministerpräsidenten im Oktober 1984 vor) „ermächtigt“ werden können, zusätzliche Programme auszustrahlen. Im Länderabkom-

men über die Koordinierung des ARD-Programms vom 17. April 1959 werden die ARD-Rundfunkanstalten lediglich ermächtigt und verpflichtet, gemeinsam ein Fernsehprogramm zu gestalten. Nachdem die Verhandlungen der Länderregierungschefs über einen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunks gescheitert sind, fehlt dem ARD-Satellitenprogramm die Rechtsgrundlage.

Infolgedessen haben sich die Regierungschefs der unionsgeführten Länder am 13. März 1986 einmütig gegen eine Ausstrahlung des Satellitenprogramms „ARD Eins plus“ ausgesprochen, weil ohne Zustimmung der Länderparlamente jede Einführung von zusätzlichen Rundfunkprogrammen rechtswidrig ist. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten haben die Aufgabe Rundfunk zu veranstalten, aber nicht Rundfunkpolitik zu betreiben. Staatssekretär Schleyer (Mainz) hatte die ARD-Anstalten Mitte März 1986 vor diesem Schritt gewarnt: Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten könnten nicht über die medienrechtlichen und medienpolitischen Zielvorstellungen der Länder hinweg eigenmächtig mit neuen Fernsehprogrammen Fakten schaffen. Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Dieter Weirich, sprach von einer „Kanalverstopfungspolitik“ der ARD und der Vorsitzende des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU, Werner Remmers, in diesem Zusammenhang sogar von „Wildwestmanieren“ der Anstalten.

„Eins plus“ wird dennoch seit dem 29. März 1986 ausgestrahlt. Das Verwaltungsgericht in Karlsruhe und der Verwaltungsgerichtshof Mannheim hatten

dem Antrag der Stuttgarter Landesregierung auf einstweilige Anordnung nicht stattgegeben, aber betont, daß es sich nur um eine vorläufige Entscheidung in einem Eilverfahren gehandelt habe. Außerdem ist der Gerichtsbeschuß auf ausdrückliche SWF-Zusage ergangen, daß „Eins plus“ lediglich ein Versuchsprogramm sei. Die Union sieht darin keine Vorentscheidung über die rechtliche Zulassung von „Eins plus“; die Bundesländer werden sich über weitere juristische Maßnahmen untereinander abstimmen. Unabhängig von der juristischen Situation müssen ebenfalls die allgemeinen medienpolitischen Bedenken gegen eine Eins-plus-Ausstrahlung aufgezeigt werden. Bei kritischen Beurteilungen wird häufig vergessen, daß die ARD bereits an einem neuen Satellitenprogramm beteiligt ist (Europa-TV) und zusätzlich noch dritte Programme bundesweit über Intelsat-Kanäle verbreiten will. Darüber hinaus muß man sicherlich bei einer Entscheidung berücksichtigen, daß das Zweite Deutsche Fernsehen lediglich ein zusätzliches Fernsehprogramm (nämlich 3 SAT) für eine Versuchsphase einführen durfte, während die ARD nicht nur ein Gemeinschaftsprogramm ausstrahlt, sondern auch dritte Programme und diverse Hörfunkprogramme verantwortet.

Raus Ratlosigkeit

Zu Aussagen des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau in der ZDF-Sendung „Journalisten fragen — Politiker antworten“ erklärt Generalsekretär Heiner Geißler: Die Aussage von Johannes Rau im ZDF, nur bei der absoluten Mehrheit der SPD Kanzler werden zu wollen, offenbart die Ratlosigkeit der SPD-Führung. Die SPD lag bei der letzten Bundestagswahl bei 38%. Nach einer EMNID-Umfrage halten es 67% der SPD-Anhänger für unwahrscheinlich oder für ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten 12% dazugewinnen. Regieren könnte die SPD also — wenn überhaupt — nur mit den Grünen. Entweder Rau resigniert oder er täuscht die Wähler und will eben doch mit den Grünen zusammengehen. Warum sollen die Bürger Rau mehr glauben als Börner, der nach der hessischen Landtagswahl das Gegenteil von dem getan hat, was er vor der Wahl sagte?

Mehr Lehrstellen

Das Angebot an Lehrstellen hat weiter zugenommen, stellte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, fest.

In den ersten sechs Monaten des Berufsberatungsjahres 1985/86 (30. September) sind den Arbeitsämtern 7 Prozent mehr betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres, während die Zahl der Bewerber gleichzeitig um 3 Prozent zurückging.

Wieder mehr Jobs für Studenten

Die Chancen der Hochschulüler, sich mit einem Nebenjob etwas Geld zu verdienen, haben sich in vielen Universitätsstädten deutlich verbessert. Dies ergab eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Handwerk wieder zuversichtlicher

Das Handwerk sieht nach den Worten von Handwerkspräsident Paul Schnitker nach den Umsatzrückgängen der vergangenen Jahre wieder optimistischer in die Zukunft. Auf der Hannover-Messe sagte Schnitker, gegenwärtig würden im Handwerk wieder Zuwachsraten erwartet, und zwar beim Umsatz von real 1,5 Prozent und bei der Beschäftigung von 1 Prozent.

Christlich-demokratische Europa-politik mit klaren Zielsetzungen

Auf dem VI. Kongreß der Europäischen Volkspartei (EVP) in Den Haag, an dem auch Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Heiner Geißler teilnahmen (11./12. April 1986), standen Fragen der europäischen Zukunft in Freiheit und Frieden im Mittelpunkt. Frieden und Freiheit würden der EG aber nicht zum Nulltarif geschenkt, sagte der Bundeskanzler. Er begrüßte die Verabschiedung einer von der CDU eingebrachten Entschließung zu den Menschenrechten.

Zur Lage der Europäischen Gemeinschaft erklärte der Kanzler, es gebe keinen Grund zur Resignation. Die EVP habe einen erheblichen Beitrag zur Überwindung der Stagnation und zur Einleitung des Reformprozesses geleistet.

Zu den Ergebnissen des Kongresses erklärte Egon Klepsch: Der EVP-Kongreß hat eine Reihe von Entschließungen mit präzisen, sachbezogenen Aussagen angenommen über das, was jetzt europapolitisch notwendig ist und wozu wir Entscheidungen der Gemeinschaftsorgane sowie der Mitgliedstaaten fordern. Unverzüglich und vollständig müssen die positiven Elemente, die in der vom Luxemburger Gipfel im Dezember beschlossenen Einheitlichen Akte enthalten sind, in politische Wirklichkeit umgesetzt werden. Die Ratifizierung der Akte durch die nationalen Parlamente duldet keinen Aufschub. Für uns ist damit aber der europäische Zug keineswegs an seinem Ziel angekommen. Im Gegenteil: Es gilt, die Regierungen in die Pflicht zu nehmen, um die Bemühungen zur Verwirkli-

chung der politischen Union fortzusetzen.

Der Kongreß beschloß aufgrund der Vorlagen seiner beiden Arbeitskreise „Arbeit und Wirtschaft“ sowie „Umwelt und Lebensqualität“ konkrete Forderungen unter anderem zur Verwirklichung des gemeinschaftlichen Binnenmarktes noch vor dem in Luxemburg genannten Datum 1992. Angesichts der durch die Nichtvollendung des Binnenmarktes jährlich entstehenden Kosten von über 200 Milliarden Mark liegt es auf der Hand, daß jede Verzögerung unverantwortlich wäre sowie die dauerhafte Erholung der Wirtschaft in der Gemeinschaft und die Überwindung der nach wie vor drückenden Beschäftigungskrise schwer gefährdete. Große Bedeutung messen wir der Festlegung bei, daß bei den Gesundheits- und Sicherheitsstandards von einem hohen Niveau auszugehen ist und dem Umweltschutz damit europaweit jener Rang gegeben wird, der ihm nach den Grundprinzipien christlich-demokratischer Politik zukommt. Davon geleitet, daß der Umweltschutz an nationalen Grenzen nicht haltmachen kann, fordern wir eine von Solidarität und Subsidiarität bestimmte Umweltpolitik der Gemeinschaft und ihrer Mitglieder.

Neue Hoffnung in der Deutschlandpolitik

In diesem Jahr wird die Zahl der Verwandtenbesuche aus der „DDR“ von 60 000 auf schätzungsweise 100 000 steigen. Die Bundesregierung hat dies mit einer stetigen Politik erreicht — trotz der Warnungen vor einer neuen „Eiszeit“.

Die besten Wirtschaftsdaten seit ...

Friedrich Voss, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, stellt fest: „Die Fülle an positiven Wirtschaftsdaten ist zur Zeit beeindruckend. Man muß zum Teil viele Jahre zurückgehen, um auf ähnlich gute Daten zu stoßen. Wir haben

- die niedrigsten Preissteigerungen (Februar 1986: 0,7 Prozent) seit 18 Jahren
- das höchste Wirtschaftswachstum (1986: voraussichtlich + dreieinhalb bis vier Prozent) seit sieben Jahren,
- die stärkste Zunahme der Zahl der Beschäftigten (1986 voraussichtlich + 350 000 bis 400 000) seit 17 Jahren,
- den stärksten Rückgang der Arbeitslosenzahl im Februar gegenüber dem Vorjahr (1986: — 18 200) seit sechs Jahren,
- die geringste Zahl an Kurzarbeitern (Jahresdurchschnitt 1985: 234 500) seit fünf Jahren,
- die stärkste Zunahme an offenen Stellen (1985: + 22 100) seit sechs Jahren,
- den stärksten realen Nettolohnzuwachs je beschäftigten Arbeitnehmer (1986: rund + zwei Prozent) seit sieben Jahren,
- die stärkste reale Rentensteigerung (1986: + ca. ein Prozent) seit acht Jahren,
- den stärksten realen Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen in der Gesamtwirtschaft (1986: + 5,5 Prozent) seit sieben Jahren,
- den stärksten realen Anstieg der Nachfrage der privaten Haushalte (privater Verbrauch 1986: + vier Prozent) seit neun Jahren,
- die höchste Kapazitätsauslastung der Industrie (Dezember 1985: 85,2 Prozent) seit sechs Jahren,

■ den höchsten Handelsbilanzüberschuß (1985: + 73 Milliarden DM) und Leistungsbilanzüberschuß (1985: + 39 Milliarden DM) seit Kriegsende,

■ die niedrigsten Kapitalmarktzinsen (März 1986: Bundesanleihen sechs Prozent) seit sieben Jahren,

■ die niedrigste Staatsquote (1985: 47,7 Prozent) seit 11 Jahren.“

Wissmann: Die Bürger haben 3 000 Mark mehr in der Tasche

Die Bundesregierung freut sich über Wirtschaftswachstum und Aufschwung — wann merkt der normale Bürger etwas davon? Dazu sagte Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU, der Kölner Zeitung Express: „Man muß nur genau hingucken und nachrechnen: Als Ergebnis unserer Politik hat der Bürger heute umgerechnet 3 000 Mark mehr in der Tasche als 1981. Denn weniger Inflation und ein geringer Anstieg der Preise erhöhen die Kaufkraft. Die Mark ist heute also mehr wert, d. h. man bekommt mehr für sein Geld.

Im Durchschnitt hat ein Vierpersonenhaushalt heute rund 2 000 Mark zusätzliches Einkommen verfügbar.

Gehen wir davon aus, daß die Inflationsrate dieses Jahr noch einmal um rund ein Prozent sinkt, und rechnen wir die Ersparnis durch sinkende Ölpreise dazu, dann kommen wir auf effektiv 3 000 Mark mehr Kaufkraft pro Haushalt. Darüber können sich besonders Arbeitnehmer und Rentner freuen.“

Gründung einer bundesweiten Seniorenvereinigung geplant

Generalsekretär Heiner Geißler wird dem ersten Bundesparteitag nach der Bundestagswahl 1987 die Gründung einer bundesweiten Seniorenvereinigung der CDU vorschlagen. In dieser Absicht ist der Generalsekretär auch durch den Verlauf und die Ergebnisse des Seniorenkongresses der CDU bestärkt worden. Mit 1 600 Teilnehmern war dieser Kongreß die größte Veranstaltung, die bisher im Konrad-Adenauer-Haus stattgefunden hat.

Eine Auswertung der Redebeiträge hat gezeigt, daß die Senioren in der CDU den Garanten für sichere Renten und eine sichere Politik für alt und jung sehen. Der Erfolg des Kongresses ist für Bundesge-

schaftsführer Peter Radunski Ansporn, den Aufbau der Senioren-Union noch zu intensivieren. Bereits jetzt gibt es in zahlreichen Städten, Gemeinden und Landkreisen Seniorenvereinigungen in der Union. Landesverbände existieren schon in Baden-Württemberg und in Hessen.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat einen Leitfaden für die Seniorenarbeit „Für Senioren — Mit Senioren“ entwickelt, der den Orts- und Kreisverbänden eine konkrete Hilfestellung für die Seniorenarbeit vor Ort gibt und Anregungen liefert, wie die praktische Arbeit noch wirkungsvoller gestaltet werden kann. (Siehe auch UfD 10/86, Bestellnummer 3740 beim IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold)

TERMINE

- 18./20. 4. *EAK der CDU/CSU*
27. *Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises, Hannover/Eilenriedehalle*
18. 4. *LV Braunschweig Landesvorstand und Ausschuß, Braunschweig*
19. 4. *OMV Schleswig-Holstein Kreisvorsitzende-Konferenz, Neumünster*
19. 4. *Frauenvereinigung Hessen Kreisvorsitzende-Konferenz, Gießen*
19. 4. *Bezirksverband Südbaden Bezirksparteitag, Freiburg*
19. 4. *Frauenvereinigung Schleswig-Holstein Delegiertentag, Büsum/Kurgastzentrum*
21. 4. *LV Rheinland-Pfalz Agrarkongreß, Mainz*
23. 4. *LV Saar*

- Kreisgeschäftsführerkonferenz, Saarbrücken*
23. 4. *LV Westfalen-Lippe LFA Entwicklungspolitik, Dortmund*
25. 4. *Bezirksverband Nordwürttemberg Vorstandssitzung, Crailsheim*
25. 4. *Frauenvereinigung Bund Vorstandssitzung, Bonn*
- 25./26. 4. *CDA Hessen 3. Treffen der AEG-Konzernbetriebsgruppen, Kassel, Hotel Domus*
25. 4. *LV Berlin Vorstand mit MdB und Landesausschuß, Berlin*
26. 4. *LV Baden-Württemberg Landesmittelstandstag, Bad Krozingen*
26. 4. *LV Westfalen-Lippe Fachparteitag, Verl-Kaunitz bei Gütersloh*
26. 4. *Frauenvereinigung Bund Hauptausschuß, Bonn*
27. 4. *Junge Union Saar Landestag, Fischbach*

Die Kanzlermedaille



Abbildung der Vorder- und Rückseite leicht vergrößert

Zur Ehrung von Jubilaren, als Dank an verdiente Mitglieder und als repräsentatives Geschenk der CDU-Verbände für viele denkbare Anlässe, u. a. 40 Jahre CDU, gibt es die Bronzemedaille mit den Portraits der Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

Mit dieser Bronzeausführung der auch in Feinsilber aufgelegten Medaille wird einem oft geäußerten Wunsch der Parteigliederungen nach einer preiswerten Geschenk- und Auszeichnungsmedaille entsprochen.

Die Kanzlermedaille in Bronze ist geprägt aus 3 mm starkem Messingrohling, handpatiniert und anlaufgeschützt. Ihr Durchmesser beträgt 50 mm, das Gewicht ca. 43 Gramm.

In dem repräsentativen blauen Etui mit

paßgenauer Einlage für die Medaille ist im Deckelkissen der Text „Als Dank und Anerkennung, Ihre CDU“ eingedruckt. Dieser Satz läßt somit eine Vielzahl von Verwendungsmöglichkeiten zu.

Der Einzelpreis beträgt 19,80 DM (einschließlich Etui und 14 Prozent Mehrwertsteuer) zuzüglich Versandkosten (bei Einzelversand 3,50 DM). Rabatte für größere Stückzahlen können bei der nachstehenden Bestelladresse angefragt werden.

Die Bestellungen können direkt aufgegeben werden bei

Bonner Werbe-GmbH
Abteilung Vertrieb
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 5 44-2 29

Vorschläge für den Muttertag

Ein ganz besonderes Dankeschön

... sagen wir einmal im Jahr, an jedem zweiten Sonntag im Mai, unseren Müttern. Die CDU sagt es auch auf der Straße, im Bekanntenkreis und in der Nachbarschaft: „Alles Gute zum Muttertag!“ Es gibt viele Möglichkeiten, am 11. Mai alle Mütter mit kleinen Aufmerksamkeiten zu überraschen, die Freude schenken und ganz deutlich machen: Die CDU ist die Partei für die Familie!

Hier sind einige Anregungen:

Wir sagen es mit Blumen

Überreichen Sie am Samstag vor Muttertag auf öffentlichen Plätzen und in den Einkaufsstraßen Blumen an die Passantinnen.

Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft

Verschenken Sie in einer Tür-zu-Tür-Aktion kleine Blumenkörbchen mit einem netten Text: „Die CDU wünscht Ihnen alles Gute zum Muttertag!“ Als kleines Präsent im Körbchen schlagen wir vor: Das Nähetaui, dazu Informationsmaterial zur Familienpolitik.

Schreib mal wieder

Verschicken Sie doch an alle Mütter eine schicke Glückwunschkarte

te, mit der Sie auch auf die für Frauen interessanten Veranstaltungen des Orts- oder Kreisverbandes hinweisen können.

Und wer nicht schreiben mag . . .

... der schaltet eine Glückwunschanzeige mit Coupon in Tageszeitungen und Anzeigenblättern. Die Couponrücksendung garantiert den Interessentinnen die Zustellung von Informationsmaterial und einem kleinen Präsent.

Grüße ins Krankenhaus

Mit ein paar frischen Blumen und einem Nähetaui werben Sie sympathisch für die CDU bei Frauen und Müttern, die ihren Ehrentag im Krankenhaus verbringen müssen.

Gemeinsam geht es besser

Gerade am Muttertag sollte man alleinstehende und ältere Mitbürgerinnen nicht vergessen. Vielleicht laden Sie zum Kaffee ein oder zu einem kleinen Ausflug? Ein Gespräch über die Familienpolitik der CDU, sichere Renten oder die Zukunft der Enkelkinder ergibt sich dann wie von selbst.

Unerwarteter Besuch . . .

... von den vor Ort bekannten CDU-Politikern ist eine willkommene

Überraschung. Vielleicht nimmt sich der Bürgermeister, der Orts- oder Kreisvorsitzende oder der Bundestagsabgeordnete die Zeit, kinderreichen Familien persönlich die besten Wünsche zu überbringen.

Mal raus aus dem Trott

Eine Einladung zur Fahrt ins Blaue, organisiert von der örtlichen Frauenvereinigung, nehmen viele Frauen gern als dankbare Abwechslung entgegen. Auch Ehepaare mit Kindern freuen sich, wenn der Bürgermeister oder der Bundestagsabgeordnete zu Spiel und Spaß im Grünen einlädt.

Nicht nur am Muttertag

die CDU ist immer für die Frauen und die Familie da. Das hat die Regierung Helmut Kohl bewiesen. Die großen Erfolge in der Frauen- und Familienpolitik können sich sehen lassen. Informieren Sie vor Ort darüber.

Hier ein paar Tips:

Wir lieben Kinder

Eine umfassende und für jeden leicht verständliche Broschüre mit diesem Titel, Bestellnummer 2727, liegt ebenso vor wie die Druckvorlage für ein ZUR SACHE-Flugblatt, auf dem die wichtigsten Punkte der neuen Familienpolitik kurz zusammengefaßt sind, siehe Seite 23. Beteiligen Sie sich an der OFFENSIVE '87, und führen Sie Verteil- und Canvassingaktionen in den Einkaufsstraßen und an belebten Treffpunkten durch.

Im Gespräch wird vieles klarer

Organisieren Sie doch einmal ein Mütter-Forum! In Gesprächsrunden und Info-Börsen wird Gelegenheit geboten, alle Themen „rund um Mutter und Kind“ anzusprechen und zu diskutieren.

Politik muß Freude machen

Wie wär's denn mit einem Mutter-Kind-Bazar, möglicherweise in Zusammenarbeit mit ortsansässigen, gemeinnützigen Vereinen? Ihrer Phantasie sind keine Grenzen gesetzt! Vom Sackhüpfen bis zur Cafeteria, von Märchenstunden bis zu Filmvorführungen findet bestimmt alles Beifall.

Und damit nicht genug!

Weitere Aktionsvorschläge finden Sie im Handbuch „Die neue Partnerschaft — Anregungen zur Arbeit mit den Essener Leitsätzen“, Best.-Nr. 3696.

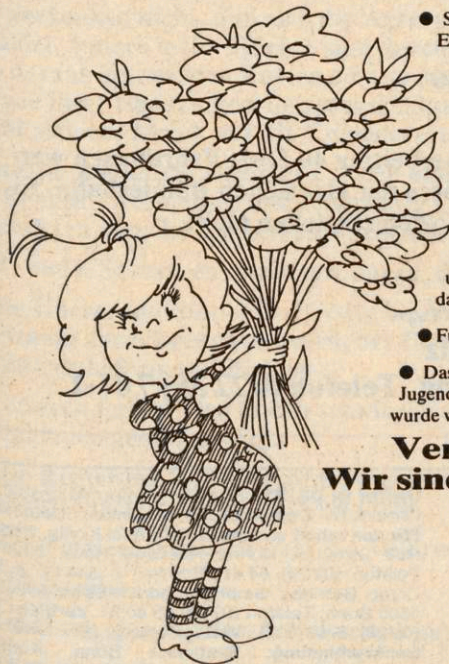
Wirksame Hilfe für Frauen

Die Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ hat sich als wirksame Hilfe für schwangere Frauen in Not erwiesen, sagte Bundesministerin Rita Süßmuth bei der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums dieser Stiftung. Zur Vorsitzenden des Kuratoriums wurde Annemarie Griesinger, Baden-Württemberg, gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind Paul Erwin Odenbach, Bundesärztekammer Köln, und Frau Helga Thieme, Deutscher Frauenrat, Bonn.

Herzlichen Dank an alle Mütter!

Endlich wird die Leistung unserer Mütter wieder anerkannt

Die familienfreundliche Politik der Regierung Helmut Kohl hat dafür gesorgt, daß es Müttern und Vätern wieder leichter fällt, Kinder großzuziehen:



- Seit Anfang 1986 gibt es 10 Monate lang Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub für Mütter und Väter nach der Geburt eines Kindes. Ab 1988 werden es sogar 12 Monate sein!
- Erziehungszeiten werden in der Rentenversicherung anerkannt!
- Wer Kinder hat, zahlt weniger Steuern: Die Kinderfreibeträge und Kindergeldzuschläge sind angehoben worden.
- Die Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ wurde gegründet, damit das Ja zum Kind leichter fällt.
- Für Alleinerziehende gibt's Steuererleichterungen.
- Das Kindergeld für arbeitslose Jugendliche und Jugendliche ohne Ausbildungsplatz unter 21 Jahren wurde wieder eingeführt.

**Vertrauen in die Zukunft.
Wir sind auf einem guten Weg
in Deutschland**

CDU
sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Eichholz-Seminar: Kommunale Pressearbeit

Es ist leichter, als viele meinen, kontinuierlich mit der lokalen und regionalen Presse zusammenzuarbeiten. Wobei es darauf ankommt, erfahren Pressesprecher und Pressebeauftragte auf Orts- und Kreisebene, aber auch alle anderen politisch Interessierten in den Trainings „**Kommunale Pressearbeit**“, die das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung in Schloß Eichholz anbietet.

Die nächsten Termine:

- 25. bis 27. April 1986
- 9. bis 11. Mai 1986

Teilnahmebedingungen: Teilnehmerbeitrag 40 DM; Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn, Eigenbeteiligung 20 DM); weitere Kosten entstehen nicht.

Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Bildungswerk/Schloß Eichholz**

Postfach 1331, 5047 Wesseling, Telefon (0 22 36) 7 07-1

UiD

12/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn. Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.